

**KOALITION
GEGEN DAS
RAUCHEN**



Herausgeber: **KOALITION GEGEN DAS RAUCHEN**
c/o Deutsche Krebsgesellschaft e.V.
Paul-Ehrlich-Straße 41
60596 Frankfurt

Redaktionelle

Überarbeitung: **Arbeitskreis der KGR**

Gestaltung: **FAI Beisel, Monheim**

Druck: **mt druck Walter Thiele GmbH & Co.**
Carl-Friedrich-Gaub-Straße 6
63263 Neu-Isenburg

Finanzielle

Förderung: **BARMER Ersatzkasse**

Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung, Köln

WER WIR SIND

Im April 1992 wurde in Deutschland eine KOALITION GEGEN DAS RAUCHEN gegründet. Ziel der Initiative sollte es sein, interessierte Institutionen und Gruppierungen zusammenzuführen, um die vorliegenden Erkenntnisse über die Schädlichkeit des Rauchens politisch umzusetzen bzw. gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutz der Nichtraucher unter Einbeziehung der Öffentlichkeit zu unterstützen.

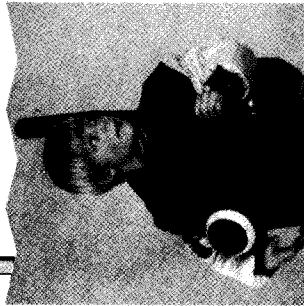
Initiatoren der KOALITION GEGEN DAS RAUCHEN waren das Deutsche Krebsforschungszentrum, die Deutsche Krebsgesellschaft e.V., die Bundesvereinigung für Gesundheit e.V., der Ärztliche Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit e.V. und die Deutsche Herzstiftung e.V., finanziell unterstützt durch das Programm der Europäischen Kommission „Europa gegen den Krebs“. In der KOALITION arbeiten inzwischen weit über 100 Institutionen des Gesundheitswesens, Verbände und Fachgesellschaften zusammen.



Seit 1992 fanden vier Konferenzen unter der Schirmherrschaft von Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth statt, auf denen die teilnehmenden Wissenschaftler, Gesundheitspolitiker, Multiplikatoren und Gesundheitskommunikatoren Stellungnahmen erarbeiteten und verabschiedeten, die u. a. die Notwendigkeit eines Werbeverbotes für Tabakwaren durch die Bundesregierung und die Einführung eines Rauchverbotes in öffentlichen Einrichtungen fordern. Diese Resolutionen richten sich an die Bundesregierung, Landesregierungen und Kommunen sowie auch – über die Medien – an die breite Öffentlichkeit.

Der gesetzgeberisch zu verankernde Schutz der Nichtraucher und die Verhütung vermeidbarer Raucherkrankheiten – wie beispielsweise Lungenkrebs – sind die zentrale Zielsetzung der KOALITION. Es geht unter anderem um die Umsetzung von Empfehlungen der Europäischen Kommission, mit denen ein Werbeverbot für Tabakwaren, die Einschränkung der Aufstellung von Zigarettensautomaten, der Schutz des Nichtrauchers vor dem Passivrauchen u. a. europaweit Geltung erhalten sollen.

Es geht insbesondere um den Schutz von Kindern und Jugendlichen, der aus der Sicht der KOALITION GEGEN DAS RAUCHEN bisher in der Bundesrepublik Deutschland nicht genügend gewährleistet ist. Die KOALITION hat es sich zur Aufgabe gemacht, wissenschaftlich fundierte Argumente zu den Gefährdungen des Rauchens zusammenzufassen und politische Initiativen hierzu in der Öffentlichkeit zu unterstützen. Über die Mitglieder gehen Argumente und Empfehlungen in Einzelaktionen ein.



Die KOALITION GEGEN DAS RAUCHEN ist keine Aktion der gesundheitlichen Aufklärung, vielmehr bündelt sie die Kenntnisse der Institutionen gesundheitlicher Aufklärung und der Gesundheitsforschung mit dem Ziel, zu einer praktischen und gesundheitspolitisch relevanten Umsetzung des Schutzes von Nichtrauchern, insbesondere von Jugendlichen, beizutragen. Daß diese Aktivitäten Früchte tragen, zeigt die steigende politische Bedeutung der KOALITION: Am 30. März 1993 konnte eine Delegation der KOALITION beim zuständigen Staatsminister Anton Pfeifer im Bundeskanzleramt die Resolutionen zu "Werbeeinschränkungen" und "Nichtraucherschutz" übergeben.

Wie dringlich ein Engagement in dieser Sache ist, zeigen schon die bloßen Fakten:

In der Bundesrepublik Deutschland sterben jedes Jahr wenigstens 90.000 Menschen an den unmittelbaren Folgen des Tabakkonsums und eine Vielzahl von chronischen Krankheiten ist auf das Rauchen zurückzuführen.

Die KOALITION GEGEN DAS RAUCHEN sieht sich als Lobby für die Gesundheit und möchte erreichen, daß die Erkrankungshäufigkeit und die Sterblichkeit an tabakabhängigen Krankheiten in Deutschland deutlich zurückgehen. Sie arbeitet dabei eng mit anderen europäischen Initiatoren zusammen.

Hier noch einmal die Verbände/Organisationen/Institutionen, die den Arbeitstab zur Planung und Initiierung einer KOALITION GEGEN DAS RAUCHEN bilden:



– Bundesvereinigung für Gesundheit e.V.,
Bonn (BfGe),



– Deutsche Krebsgesellschaft e.V.,
Frankfurt am Main,



– Deutsches Krebsforschungszentrum,
Heidelberg,



– Ärztlicher Arbeitskreis
Rauchen und Gesundheit e.V.,



– Deutsche Herzstiftung e.V.,
Frankfurt.

WAS WIR FORDERN:

A. WERBEEINSCHRÄNKUNGEN

Bereits am 15. Mai 1992 hat der Ministerrat der Europäischen Union in Brüssel über den Vorschlag zur Einschränkung der Tabakwerbung beraten. Der Entwurf der Europäischen Kommission sieht vor, die Tabakwerbung außerhalb der entsprechenden Verkaufsstellen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich diesem Vorschlag gegenüber bislang ablehnend verhalten.

Am 29. April 1992 haben sich in Bonn 80 Organisationen, Verbände, Vereinigungen zu einer **KOALITION GEGEN DAS RAUCHEN** zusammengeschlossen. Diese Koalition fordert Bundesregierung und Parlament auf, ihre Haltung zu dem Brüsseler Vorschlag zu ändern.

1. In der Bundesrepublik sterben jedes Jahr wenigstens 90.000¹⁾ Menschen an den unmittelbaren Folgen des Tabakkonsums. Damit erweist sich der Tabak als eine größere Gefährdung als der Straßenverkehr oder Asbest. Diese hatten den Gesetzgeber zu sofortigem Handeln, zu Gurtzwang und Verwendungsverbot, veranlaßt.

2. Die Tabakwerbung wird immer mehr auf die Heranwachsenden zugeschnitten. Der Grund: Jedes Jahr verlieren die Zigarettenfirmen über 1 Mio Kunden – durch Tod oder Abstinenz (Abgewöhnen). Über 80 Prozent aller Raucher entwickeln ihre Rauchgewohnheiten und Markentreue bereits im Alter bis zu 18 Jahren²⁾.

1) Bundesministerium für Gesundheit

2) Umfrage der EG in den Mitgliedstaaten

3. Der Jugendschutz ist gegenüber indirekter Werbung relativ machtlos. Direkte Ansprache der Kinder und Jugendlichen kann zwar verhindert werden, doch bedient sich die Zigarettenindustrie anderer Mittel und Wege: Rauchen wird verklärt zu einem sozial erstrebenswerten Image, zu einem Attribut des Erwachsenseins, wird verbunden mit Abenteuer, Freizeit und Vergnügen.

4. Ein Werbeverbot kann zu einem deutlichen Rückgang der Erstrauher unter den Heranwachsenden führen. Dies beweisen Erfahrungen aus Norwegen³⁾.

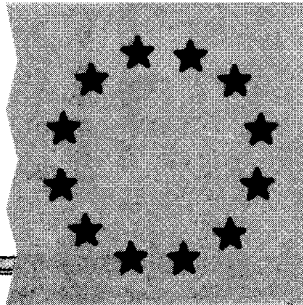
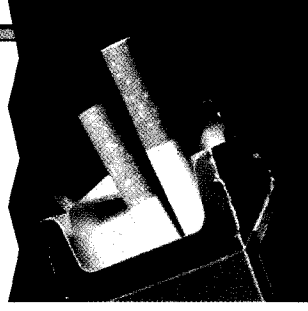
5. Durch Zigarettenautomaten wird in Deutschland Kin- dem der Zugang zur Zigarette besonders leicht gemacht. Rund 43 Prozent aller Zigaretten werden aus Automaten verkauft. Zu diesen hat jedes Kind unbeschränkten und unkontrollierten Zugriff.

6. Gesundheitliche Aufklärung von Eltern und Kindern muß unterstützt wer- den:

- durch den Schutz gegen die Verführung durch indirekte Zigarettenwerbung,
- durch eine erhebliche Einschränkung bei der Aufstellung von Zigarettenautomaten.

So können langfristig die Gesundheit der Bevölkerung besser geschützt und Fortschritte bei der Bekämpfung von Krebs- und Herz-Kreislauferkrankungen erzielt werden. Die entsprechende Gesetzgebung wäre ein Stück Prävention.

3) Werbeverbot 1975



Die hier unterzeichnenden Verbände fordern daher die Bundesregierung und das Parlament auf, Initiative zu ergreifen und die notwendigen Zeichen für ein Umdenken zu setzen.

Schutz der Gesundheit und die Verhütung vermeidbarer Krankheiten müssen zentraler Bestandteil der Gesundheitspolitik sein. Der Tabakkonsum ist ein Risiko ersten Ranges. Er schädigt bereits die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen, er ist zugleich ein hoher Kostenfaktor in unserem bereits belasteten Gesundheitssystem. Daher ist auch die aktive Beteiligung von Ärztinnen und Ärzten bei der Gesundheitsaufklärung, v. a. von Jugendlichen, erforderlich.



Artikel 2 des Grundgesetzes legt dem Staat die Pflicht auf, die Gesundheit seiner Bürger, vor allem die der schwächsten, der Heranwachsenden, zu schützen. Bei 90.000 Toten im Jahr durch Tabakkonsum hat er alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, um diesen Schutz zu verwirklichen.

Eine Einschränkung der Tabakwerbung, wie sie der Richtlinien-Entwurf der Europäischen Union vorsieht, wäre ein guter Schritt. Das Interesse der Zigarettenindustrie darf nicht stärker sein als der Verfassungsauftrag.

B. RAUCHFREIHEIT IN ÖFFENTLICHEN EINRICHTUNGEN

Die KOALITION GEGEN DAS RAUCHEN fordert alle Entscheidungsträger der öffentlichen Verwaltung und Politiker der Gemeinden, von Bund und Ländern auf, dafür Sorge zu tragen, daß in öffentlichen Einrichtungen der Nichtraucherschutz durch Rauchverbote gewährleistet ist.

Die KOALITION GEGEN DAS RAUCHEN unterstützt die Zielsetzung der Europäischen Kommission, bis zum Jahr 2000 eine deutliche Verringerung von Erkrankung und Sterblichkeit an Krebs europaweit zu erreichen. Ein wichtiger Schritt hierzu ist es, rauchfreie öffentliche Einrichtungen zu gewährleisten.



DIE KOALITION GEGEN DAS RAUCHEN strebt an, die gemeinsamen Forderungen der Gesundheitsminister der Europäischen Union aus dem Jahr 1989 für ein Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen in Deutschland praktisch umzusetzen.

- Rauchfreie Arbeitsplätze
- Rauchfreie Behörden
- Rauchfreie Kindergärten, Schulen und Universitäten und andere Einrichtungen der beruflichen Bildung
- Rauchfreie Krankenhäuser, Kurkliniken und Arztpraxen

- Rehabilitationseinrichtungen, Alten- und Pflegeheime
- Rauchfreie öffentliche Verkehrsmittel und Bahnhöfe
- Rauchfreie innerdeutsche Flüge und Flughäfen
- Rauchfreie Sportanlagen, Freizeit- und Vergnügungstätten

DIE KOALITION GEGEN DAS RAUCHEN stellt sich deshalb nachhaltig hinter den Bericht der Bundesregierung vom 23. September 1992 und die Entschließung des Deutschen Bundesrates vom 25. September 1992 darüber, Rauchverbote in öffentlich zugänglichen Räumen, z. B. an Arbeitsplätzen und in Verkehrsmitteln, zu erlassen. Sie fordert Bund, Länder und Gemeinden auf, verstärkt Regelungen zur Einschränkung des Rauchens auch von seiten des Bundesministeriums für Gesundheit in einer „Konzertierten Aktion“ zu treffen. 70 % der Deutschen unterstützen diese Forderung, wie eine Umfrage im Auftrag der Europäischen Union ergeben hat.

Passivrauchen stellt in Deutschland ein enormes Problem dar. Mehr als die Hälfte der deutschen Nichtraucher sind regelmäßig und ungefragt dem Tabakrauch anderer Personen ausgesetzt. Bereits Jugendliche leiden stark darunter. Bei Neugeborenen verzögert sich sogar die Entwicklung. Seit den frühen 80er Jahren wird auf folgende Risiken des Passivrauchens aufmerksam gemacht.

1. Lungenkrebs

Das Lungenkrebsrisiko von Nichtrauchern, die durch das Zusammenleben mit Rauchern dem Passivrauchen ausgesetzt sind, liegt um etwa 30% bis 40% höher im Vergleich zu Nichtrauchern, die mit Nichtrauchern zusammenleben. Für Deutschland wird jährlich mit 400 Lungenkrebstoten, deren Tod auf das Passivrauchen zurückzuführen ist, gerechnet.

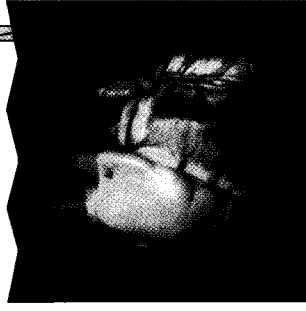


2. Asthma und Erkrankungen der Atemwege
Atembeklemmungen bei Asthmatikern sowie Bronchitis bei entsprechend empfindlichen Personen werden häufig durch eine verrauchte Umgebung verursacht.

3. Herzerkrankungen
Bestehende Koronarerkrankungen verschlimmern sich, wenn die Patienten längere Zeit dem Rauch ausgesetzt sind, wie neuere Studien angeben.

4. Physische Reizung und Belästigung
Die im Umgebungsrauch enthaltenen Stoffe reizen vor allem die Bindehaut der Augen. Die Schleimhäute der Nase, des Rachens und der unteren Atemwege sind gleichfalls betroffen. Besonders unangenehm ist der Rauch für Allergiker, sehr empfindliche Personen und Kontaktlinsenträger.

Das Einvernehmen zwischen Rauchern und Nichtrauchern in öffentlichen Bereichen kann nur in einem Rauchverzicht bestehen. Dieser läßt sich nur durch eindeutige gesetzliche Regelungen, wie sie vom Deutschen Bundesrat gefordert werden, herbeiführen.



Frische Luft, frei von Tabakrauch, ist ein wesentlicher Bestandteil des Rechtes auf gesunde und unbelastete Umwelt. Jeder Bürger hat das Recht auf rauchfreie Luft, insbesondere in öffentlichen Einrichtungen. Im besonderen Maße gilt dies für die Empfindlichsten unserer Gesellschaft, für die Kinder.

Die KOALITION fordert daher Bund, Länder und Gemeinden auf, die Fürsorgepflicht für seine Bürger wahrzunehmen.

WER MITMACHEN KANN

Viele Organisationen unterstützen bereits die Anliegen der KOALITION GEGEN DAS RAUCHEN. Aber die KOALITION kann noch wesentlich besser als Lobby wirken, wenn sie von weiteren wichtigen Institutionen, Verbänden und Fachgesellschaften unterstützt wird.

Deshalb laden wir Sie ein zur Mitarbeit in der "KOALITION GEGEN DAS RAUCHEN". Wenn Sie unseren Forderungen zustimmen, dann brauchen Sie nur die beiliegende Postkarte ausfüllen und schicken an die

KOALITION GEGEN DAS RAUCHEN

c/o Deutsche Krebsgesellschaft e.V.

Paul-Ehrlich-Straße 41

60596 Frankfurt

Machen Sie mit! Für eine gesündere Zukunft!